

*Europaweite Vergabe von Leistungen der
Programmbetreuung
für die Stadt Glauchau*

im Offenen Verfahren nach VgV

ANGEBOTSFORMULAR

Teil A: Allgemeine Angaben des Bieters

1.1 Name und Anschrift des Bieters

Name	
Rechtsform	
Straße / Hausnummer	
PLZ / Ort	

Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist der bevollmächtigte Vertreter einzutragen

Ansprechpartner des Bieters

Name	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Die Seiten 3 bis 6 sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:

Teilnehmer der Bietergemeinschaft

Mitglied der Bietergemeinschaft 1	
Name des Unternehmens	
Anschrift	Straße:
	PLZ, Ort:
Ansprechpartner	Name, Vorname:
	Durchwahl:
	Fax:
	E-Mail:
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)	
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)	

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Mitglied der Bietergemeinschaft 2	
Name des Unternehmens	
Anschrift	Straße:
	PLZ, Ort:
Ansprechpartner	Name, Vorname:
	Durchwahl:
	Fax:
	E-Mail:
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)	
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)	

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Mitglied der Bietergemeinschaft 3	
Name des Unternehmens	
Anschrift	Straße:
	PLZ, Ort:
Ansprechpartner	Name, Vorname:
	Durchwahl:
	Fax:
	E-Mail:
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)	
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)	

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft

--

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:

[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

- Für das Unternehmen Nr. 1

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich für das Unternehmen abgibt/abgeben

- Für das Unternehmen Nr. 2

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich für das Unternehmen abgibt/abgeben

- Für das Unternehmen Nr. 3

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich für das Unternehmen abgibt/abgeben

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eignungsleihe

Diese Seite ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen:

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bieter / eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 VgV).

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird

Eine Erklärung des/der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist/sind dem Angebot beizufügen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Seite 10.

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Unterauftragnehmer

Ich/wir beabsichtige/n,

- sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.

- die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name / Anschrift (falls bereits bekannt)

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis:

Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formblatt, Teil B von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bieter auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Sofern ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungslleihe), ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Große Kreisstadt Glauchau

Vergabe von Leistungen der Programmbetreuung

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Seite 10 von 27 Seiten

Aktueller Auszug der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister

Bitte als **Anlage A** beifügen.

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bieter) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen hat und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen
 1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)

Hinweis: Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ich erkläre/wir erklären,

dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Erläuterung:

Nach der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen seit dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst Personen oder Unternehmen, die unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten oder mittelbar, mit mehr als 10% gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises an dem in Rede stehenden Auftrag beteiligt sind.

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers / Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,

b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,

c) durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien nach Buchstaben a) und / oder b) zutreffen.

2. Ich/Wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Personen oder Unternehmen, auf die mehr als 10% des Auftragswertes entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Kreis mit einem Bezug zu

3. Ich/Wir bestätige(n) und stelle(n) sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Personen oder Unternehmen, auf die mehr als 10% des Auftragswertes entfällt, eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Kreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen.

Es gilt folgende Mindestforderung:

Der durchschnittliche Gesamtjahresumsatz der vergangenen drei Geschäftsjahre muss mindestens 500.000 Euro netto betragen.

Umsatz [in EUR netto]/ Geschäftsjahr	2021	2022	2023
Gesamtumsatz:			
Umsatz mit vergleichbaren Leistungen:			

Große Kreisstadt Glauchau

Vergabe von Leistungen der Programmbetreuung

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Seite 18 von 27 Seiten

Eigenerklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 3 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden oder Eigenerklärung, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag mit dem Auftragnehmer zu schließen.

Dieser Nachweis ist bei Bietergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Bitte als **Anlage B** beifügen.

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist.

Es gilt folgende Mindestforderung:

Die durchschnittliche Beschäftigungszahl der vergangenen drei Geschäftsjahre muss mindestens 5 Mitarbeiter betragen.

	2021	2022	2023
Mitarbeiterzahl gesamt			
Anzahl Führungskräfte			

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Referenz über vergleichbare Leistungen

Nachweis von Erfahrungen im Bereich Programmbetreuung im Bereich Bund-Länder-Städtebauförderung im Freistaat Sachsen

Es gilt folgende Mindestanforderung:

Vorlage von drei Referenzen über die Erbringung von vergleichbaren Leistungen der Programmbetreuung im Bereich Bund-Länder-Städtebauförderung im Freistaat Sachsen, bei denen die Programmbetreuung mit der Bewirtschaftung eines Verfügungsfonds kombiniert ist bzw. war. Das Fördervolumen muss jeweils mindestens 7 Mio. Euro betragen. Die Leistungserbringung darf frühestens am 31.12.2020 abgeschlossen worden sein.

Die Erklärung über Referenzleistungen muss folgende Angaben enthalten:

- Angaben zum Auftraggeber
- Umfang der Leistungserbringung
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Höhe der Fördermittel
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild
- sofern vorhanden: Darstellung der wirtschaftlichen und termingetreuen Erbringung von Leistungen der Programmbetreuung, nachzuweisen durch ein formloses Schreiben des Auftraggebers oder Benennung eines Ansprechpartners des jeweiligen Auftraggebers, der die wirtschaftliche und termingetrene Erbringung der Leistungen der Programmbetreuung kurzfristig bestätigen kann,

Die geforderten Mindestreferenzen sind von Bietergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Anlage C (Kopiervorlage für Referenzen über vergleichbare Leistungen der Programmbetreuung)

Angaben zu Referenzen über vergleichbare Leistungen der Programmbetreuung:

Bezeichnung	
Auftraggeber einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer	
Umfang der Leistungserbringung	
Höhe der Fördermittel (Fördervolumen)	
Zeitraum der Leistungserbringung, Datum der Fertigstellung	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	<input type="checkbox"/> ist beigefügt

*Zur Vorlage mehrerer Referenzen bitte diese Tabelle kopieren und ausgefüllt als weitere **Anlage C** beifügen.*

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Referenz über vergleichbare Leistungen in der Abwicklung und Gesamtabrechnung von Städtebaufördermitteln

Nachweis von Erfahrungen im Bereich Abwicklung und Gesamtabrechnung von Städtebaufördermitteln

Es gilt folgende Mindestanforderung:

Vorlage von drei Referenzen über die Abwicklung und Gesamtabrechnung von Städtebaufördermitteln im Freistaat Sachsen in Höhe von mindestens 7 Mio. Euro. Die Leistungserbringung darf frühestens am 31.12.2020 abgeschlossen worden sein.

Die Erklärung über Referenzleistungen muss folgende Angaben enthalten:

- Angaben zum Auftraggeber
- Umfang der Leistungserbringung
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Höhe der Fördermittel
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild
- sofern vorhanden: Darstellung der wirtschaftlichen und termingetreuen Abwicklung und Abrechnung der Städtebaufördermittel, nachzuweisen durch ein formloses Schreiben des Auftraggebers oder Benennung eines Ansprechpartners des jeweiligen Auftraggebers, der die wirtschaftliche und termingetreue Erbringung der Leistungen der Sanierungsbetreuung kurzfristig bestätigen kann.

Die geforderten Mindestreferenzen sind von Bietergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Anlage D (Kopiervorlage für Referenzen über Leistungen zur Abwicklung und Gesamtabrechnung von Städtebaufördermitteln)

Angaben zu Referenzen über Leistungen zur Abwicklung und Gesamtabrechnung von Städtebaufördermitteln:

Bezeichnung	
Auftraggeber einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer	
Umfang der Leistungserbringung	
Höhe der Fördermittel (Fördervolumen)	
Zeitraum der Leistungserbringung, Datum der Fertigstellung / Abgabe der Abrechnung beim Auftraggeber	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	<input type="checkbox"/> ist beigefügt

*Zur Vorlage mehrerer Referenzen bitte diese Tabelle kopieren und ausgefüllt als weitere **Anlage D** beifügen.*

Große Kreisstadt Glauchau

Vergabe von Leistungen der Programmbetreuung

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Seite 24 von 27 Seiten

**Nachweis der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagementsystem)
oder eines in Regelungstiefe und -breite vergleichbaren Qualitätsmanagementsystems**

Bitte als **Anlage E** beifügen.

Teil C: Preisliche Angaben

Ich/wir bieten die laut Leistungsbeschreibung ausgeschriebene und in unserem Angebot konkretisierte Leistung jeweils entsprechend der eingetragenen Preise in den Preisblättern (**Anlage 3** zum Verfahrensleitfaden) an.

Die Vergütung der Leistungen „Projektmanagement und städtebauliche Beratung“ (Leistungsbeschreibung Ziff. 1) und „Finanzielle Betreuung“ (Leistungsbeschreibung Ziff. 2) erfolgt jeweils als jährlicher Honorarsatz.

Die Vergütung der fallweisen Leistungen nach Ziff. 3 bis 6 der Leistungsbeschreibung erfolgt jeweils nach Leistungserbringung als Fallhonorarsatz entsprechend den Angaben in den Preisblättern.

Die angebotenen Preise sind Pauschalpreise bis 31.12.2026. In Folge der im Vertragsverlauf steigenden Gehaltskosten werden die angegebenen Preise im Zuge einer Preisgleitklausel erstmals ab dem Jahr 2027 angepasst, sofern die nachfolgend benannte Veränderung eintritt. Grundlage der Anpassung ist eine ggf. erfolgende Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst der Länder im jeweils laufenden Kalenderjahr. Das Honorar wird rückwirkend ab 01.01. des Jahres erhöht, in dem die Tarifierhöhung wirksam wurde. Diese Regelung wird in der Folge jährlich überprüft und wenn erforderlich angewendet.

In den Netto-Preisen sind die üblichen Nebenkosten für die Teilnahme an Sitzungen, Reisekosten, Porto und Telefon bereits enthalten.

Die angebotenen Netto-Preise werden mit dem jeweils geltenden Mehrwertsteuersatz bezuschlagt.

Teil D: Weitere Unterlagen

Dem Angebot sind folgende Unterlagen (vgl. Ziffer 5.4. des Verfahrensleitfadens) beigefügt:

- Konzeptbeschreibung Vorgehensweise;
Die Darstellung darf 5 DIN A4-Seiten nicht überschreiten.

Bitte als Anlage F Ihrem Angebot beifügen.

- Personalkonzept;
Die Darstellung darf 6 DIN A4-Seiten nicht überschreiten.
Als Anlage zum Personalkonzept können bei Bedarf Unterlagen über Qualifikationen, erfolgte Schulungen sowie Beschreibungen der persönlichen Referenzen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung im Umfang von maximal zehn Seiten DIN A4 beigefügt werden.

Bitte als Anlage G Ihrem Angebot beifügen.

- Beschreibung bzw. Nachweis über den passwortgeschützten Online-Zugang zum Buchungssystem des Bieters für den öffentlichen Auftraggeber

Bitte als Anlage H Ihrem Angebot beifügen.

Angebotsformular (Anlage 1 zum Verfahrensleitfaden)

Teil E: Rechtsverbindliche Erklärungen und Unterschrift des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen in Form eines verbindlichen Angebots an.

Meinem/unserem Angebot liegen die im Verfahrensleitfaden genannten Vergabeunterlagen zugrunde.

Ich/wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten haben,
- dass der/die in den Vergabeunterlagen beigefügten Vertrag/Verträge und die Beschreibung der Leistungen vollständig bei Zuschlagserteilung anerkannt werden,
- dass mein/unser Angebot ohne Preisabsprache zustande gekommen ist,

Mir/uns ist bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe von Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zu unserem Ausschluss von der Auftragsvergabe führen kann.

Ort:

Datum:

Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bieter abgibt